

Beschlussvorlage	Gremium:	Ortschaftsrat Grötzingen
STADT KARLSRUHE Ortsverwaltung Grötzingen	Termin: Vorlage Nr. TOP: Verantwortlich	28.02.2015 66 7 Tiefbauamt / OV
Grötzingen an der Pfinz: Zugang und Neugestaltung der Pfinzuferwege		

Der Ortschaftsrat hat den Antrag der CDU-Fraktion am 10.12.2014 beraten. Die Ortsverwaltung hat am 11.12.2014 das Stadtplanungsamt unter Bezugnahme auf ein vorausgegangenes Gespräch von Frau Ortsvorsteherin EBrich mit der dortigen Amtsleitung über den Beschluss des Gremiums unterrichtet, dass die Stadt Karlsruhe prüfen solle, welche Möglichkeiten unter Sicherstellung des Hochwasserschutzes im Zusammenhang mit dem Klimawandel bestehen, eine Renaturierung der Pfinz und Neukonzeption der Uferwege / des Pfinzzugangs in Grötzingen vorzunehmen.

Inzwischen ging der Ortsverwaltung folgende Stellungnahme des Tiefbauamtes zu:

Mit Schreiben vom 11.12.2014 wandte sich die Ortsverwaltung Grötzingen an das Stadtplanungsamt mit der Bitte um Beantwortung des Antrags der CDU-Ortschaftsratsfraktion Grötzingen zum o. a. Thema. Das Tiefbauamt, als zuständiges Fachamt, nimmt zum Antrag wie folgt Stellung:

Die Pfinz vom Hühnerlochwehr bis zur östlichen Gemarkungsgrenze von Grötzingen ist Gewässer 1. Ordnung und befindet sich damit in der Unterhaltungslast des Landes Baden-Württemberg.

Des Weiteren fordert das Wassergesetz Baden - Württemberg beidseits des Gewässers die Einhaltung eines Gewässerrandstreifens von jeweils 5 m.

Der schadlose Hochwasserabfluss der Pfinz ist zu gewährleisten. Dies erfordert einen ausreichend dimensionierten Gewässerquerschnitt mit Freibord.

Das für diesen Abschnitt der Pfinz zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe wurde zum beantragten Vorhaben angefragt und erklärte sich offen für konkrete Vorschläge der Ortsverwaltung Grötzingen. Wir regen deshalb eine Ortsbegehung mit Vertretern des Regierungspräsidiums Karlsruhe, der Ortsverwaltung bzw. des Ortschaftsrates und dem Tiefbauamt an. Das Tiefbauamt schlägt vor, die Terminvereinbarung hierfür zu übernehmen.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe und das Stadtplanungsamt erhalten hiervon Nachricht.